

20. Europaministerkonferenz in Bonn (Bremen)

25.06.1998

Beschluß

TOP 4 Europawoche 1999

1. Die Europaminister und -senatoren der Länder nehmen den Bericht des Landes Sachsen-Anhalt zur Europawoche 1998 zur Kenntnis. Sie danken den Organisatoren und Veranstaltern der Europawoche 1998, die zum Gelingen von über 1.400 Veranstaltungen zu europäischen Themen in allen Ländern beigetragen haben. Die Europawoche hat sich erneut für eine bürgernahe, dezentrale und flächendeckende europapolitische Informationsarbeit bewährt.
2. Die Europaminister und -senatoren beschließen, die fünfte Europawoche gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission und dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland vom 01. - 09. Mai 1999 durchzuführen. Diese Europawoche erhält durch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und in Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament einen besonderen Stellenwert. Die Europaminister und -senatoren laden die Bundesregierung daher ein, sich als weiterer Partner an der Europawoche direkt zu beteiligen.
3. Die Europaminister und -senatoren bitten das Land Nordrhein-Westfalen, die Anliegen im Zusammenhang mit der Europawoche in der für die Vorbereitung der deutschen Ratspräsidentschaft gebildeten Arbeitsgruppe beim Auswärtigen Amt und beim Bundespresseamt mit zu vertreten.
4. Die Europaminister und -senatoren bitten das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Bundesregierung, die Länder über die Europaministerkonferenz an ihrer Zusammenarbeit in Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament 1999 zu beteiligen und die Anliegen der Europawoche dabei mit zu berücksichtigen.

Das Land Bremen wird gebeten, für die Europaministerkonferenz an den Koordinierungssitzungen in Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen und der Europaministerkonferenz zu berichten.

5. Die Europaminister und -senatoren bitten die Vertretung der Europäischen Kommission und das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland, ihre Fördermittel für die Europawoche nach Möglichkeit den Ländern künftig direkt zur Verfügung zu stellen. Die Länder wären damit in der Lage, auch kleinere Veranstaltungen zu fördern und diese Kosten gegenüber der Kommission und dem Europäischen Parlament zusammengefaßt und mit geringerem Verwaltungsaufwand abzurechnen. Bei der Festlegung von Fristen müssen die Bedürfnisse von Veranstaltern, die Beiträge zur Europawoche ehrenamtlich organisieren, berücksichtigt werden.

Auswertung der Europawoche 1998
Bericht an die 20. Europaministerkonferenz
am 25.06.1998 in Bonn

vorgelegt von MW Sachsen-Anhalt

I. Sachstand

Auf Beschluß der 18. Europaministerkonferenz fand zeitgleich in allen deutschen Ländern vom 02.-10.Mai 1998 die fünfte Europawoche statt. Sie wurde in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission und dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland vorbereitet und durchgeführt. Insgesamt fanden mehr als 1400 Veranstaltungen statt, die sich in verschiedenen Formen mit unterschiedlichsten europabezogenen Themen befaßten. Mehr als 500 Veranstaltungen waren der Dritten Stufe der Europäischen Währungsunion gewidmet. Etwa 150 Veranstaltungen griffen Themen der Agenda 2000 auf. Rund 100 Veranstaltungen befaßten sich mit der Umsetzung des Amsterdamer Vertrages, und in 80 Veranstaltungen wurden die Bürger über ihre Rechte im Binnenmarkt informiert.

Wie bereits in den vorangegangenen Jahren wurde die Schirmherrschaft seitens der Länder von den Ministerpräsidenten bzw. Europaministern, seitens des Europäischen Parlaments und der Kommission von deren Präsidenten und auf seiten der Bundesregierung von Bundesaußenminister Kinkel übernommen. Die Vertretung der Europäischen Kommission übernahm die überregionale Pressearbeit, sie übernahm den Druck der Programmhefte und stellte das Logo für Plakate und Einladungen zur Verfügung. Außerdem wurden Projekte im Rahmen der Europawoche mit insgesamt bis zu 10.000,-- DM pro Land von der Kommission kofinanziert.

Das Informationsbüro des Europäischen Parlaments stellte T-Shirts und Aufkleber zur Verfügung und förderte Projekte der Europawoche mit insgesamt 5.000,-- DM pro Land.

Auf Initiative des EMK-Vorsitzes stellte die Aktionsgemeinschaft EURO den Ländern insgesamt 750.000,-- DM für Veranstaltungen zur Währungsunion innerhalb der Europawoche und darüber hinaus zur Verfügung.

II. Wertung

Am 19.05.1998 fand eine Auswertungsberatung der Koordinatoren der Europawoche statt. Hierbei wurde die Europawoche wie folgt bewertet:

- Die Europawoche fand in allen Ländern durchweg eine positive Resonanz. Die wiederum gewachsene Zahl der Veranstaltungen spricht für das gestiegene Interesse sowohl bei den freien Trägern und Multiplikatoren als auch bei den Bürgern. Der dezentrale Ansatz der Europawoche, der darauf gerichtet ist mit einer Vielzahl verschiedenartiger öffentlicher Veranstaltungen europapolitische Höhepunkte zu schaffen und zugleich möglichst viele Bürger zu erreichen, hat sich als Element der kontinuierlichen europapolitischen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Länder erneut bewährt.
- Neben den politischen Hauptfragen des Integrationsprozesses wie Einführung des EURO, Agenda 2000 und Vertrag von Amsterdam spielen für den Bürger unmittelbar erlebbare Formen europäischen Zusammenwachsens im Rahmen von Städtepartnerschaften, Jugendbegegnungen, Kooperations- und Austauschprojekten, insbesondere auch mit den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten, im Rahmen der Europawoche eine wachsende Rolle. Dies gilt auch für jugendliche Zielgruppen, ganz besonders im Hinblick auf das Verbreiten von Informationen über die Nutzung von europäischen Förderprogrammen und über Austauschmöglichkeiten im Rahmen von Schule, Lehre, Studium und Beruf.
- Alle Ländervertreter waren der Auffassung, daß die Vorbereitung der Europawoche und das Zusammenwirken mit den Partnern in den Vertretungen der Kommission sowie des Europäischen Parlaments im wesentlichen reibungslos verlief. Die von den jeweiligen Partnern im Vorfeld übernommenen Leistungen und Verpflichtungen wurden eingehalten und umgesetzt.
- Verbesserungswürdig erscheint lediglich das Verfahren zum Einsatz der jedem Land von der Europäischen Kommission bzw. dem Europäischen Parlament zur Verfügung gestellten Finanzmittel in Höhe von 10.000,- bzw. 5.000,- DM . Das bisherige Verfahren erlaubt lediglich eine Förderung von Großprojekten und erfordert eine Kofinanzierung aus Landes- oder Eigenmitteln in Höhe von 50 % bzw. 80 %, die die Träger zusätzlich belastet oder den Verwaltungsaufwand unnötig erhöht. Vertretung der Europäischen Kommission und Büro des Europäischen Parlaments sollten um Prüfung gebeten werden, ob analog zur Verfahrensweise der Aktionsgemeinschaft EURO den Ländern nicht auch diese Mittel

künftig direkt zur Verfügung gestellt werden können. Die Länder hätten dann die Möglichkeit, die Mittel zur Finanzierung vieler, oft kleinerer Veranstaltungen einzusetzen und den Einsatz zusammengefaßt zu belegen.

III. Schlußfolgerungen für 1999

Im Hinblick auf die Durchführung der Europawoche im Jahr 1999 kamen die Länderkoordinatoren zu folgenden Schlußfolgerungen:

- Der Europawoche 1999 kommt im Hinblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 und die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 besondere Bedeutung zu. Deshalb sollte frühzeitig ein Beschluß über die erneute Durchführung und die Terminfestlegung der Europawoche getroffen werden, um umgehend mit den Vorbereitungs- und Abstimmungsarbeiten beginnen zu können. Als Termin für die Europawoche 1999 wird der Zeitraum Samstag, 01. Mai bis Sonntag 09. Mai 1999 vorgeschlagen.
- Die Europawoche 1999 sollte als ein Länderbeitrag in die Planungen zur Öffentlichkeitsarbeit während der deutschen Ratspräsidentschaft aufgenommen werden. Inhaltliche und organisatorische Absprachen wären mit der beim Auswärtigen Amt bzw. dem Bundespresseamt gebildeten Arbeitsgruppe zu treffen, in der NRW die Länder vertritt.
- Die Wahlen zum Europäischen Parlament werden im Interesse der Erzielung einer hohen Wahlbeteiligung besondere Aufmerksamkeit innerhalb der nächsten Europawoche erfordern. Sollte wie 1994 eine Aktionsgemeinschaft der europäischen Ebene mit der Bundesregierung ("Aktion wählen gehen!") gebildet werden, sollten auch in diesem Rahmen die Länder über die Europaministerkonferenz vertreten sein.
- Aufgrund dieser doppelten unmittelbaren Betroffenheit des Bundes wird vorgeschlagen, die Bundesregierung als weiteren unmittelbaren Partner zur Teilnahme an der Europawoche 1999 einzuladen.
- Im Hinblick auf die künftige Finanzierung der Europawoche wird auf die oben geäußerte Bitte an die Vertretung der Europäischen Kommission und das Informationsbüro des Europäischen Parlaments verwiesen. Weitere Finanzierungsmöglichkeiten (Ratspräsidentschaft, EURO, Wahlvorbereitung) sollten beim Bundespresseamt sondiert werden.